

EINWANDERUNGSTADT BERLIN

Eberhard von Einem
FHTW Berlin 2002

In der Bundesliga würde - angesichts des Berliner Tabellenstandes - der Stuhl des Trainers wackeln. In der Städteliga gelingt es den Berliner Lokalmatadoren, solange zu überwintern, bis ein handfester Spendenskandal Personalwechsel erzwingt: Entnervt fragt sich der Zuschauer. Wie will diese Stadt, den Anschluß schaffen ? Ins 21. Jahrhundert schleppt die Stadt sowohl die alten Herausforderungen, als auch neue.

Von einer dieser Herausforderungen soll hier die Rede sein: Berlin ist eine der ´gateway cities` am östlichen Rande der EU, die als Zielpunkt oder Durchgangsstation von Auswandern aus östlichen Nachbarländern dient. Steuerung und Integration von Einwanderern sind deshalb Aufgaben mit steigender Bedeutung.

Zwar kann kein Bundesland und keine Kommune in diesem Feld allein handeln; beide sind auf Reformen des Einwanderungsrechts angewiesen, die der Bund - im Einvernehmen mit Brüssel - abstecken muß, aber die Stadt kann ihre Hochschul- und Schulpolitik, ihre Arbeitsmarkt- und Wohnungspolitik zur Steuerung und Integration der Zuzügler einsetzen. Gelenkte Zuwanderung böte nicht nur die Möglichkeit zur Korrektur demographischer Engpässe, sondern auch zur Milderung von Arbeitsmarktproblemen, zur internationalen Ausrichtung der Stadt sowie zur Vermeidung von Wohnngsleerständen.

Noch immer ist die Politik auf die Fiktion geschlossener Grenzen geeicht. Diese Sichtweise verstellt den Blick auf die Kehrseite, die wohlverstandenen Eigeninteressen. Aus anderem Blickwinkel gesehen, erscheint die aktive Werbung um und die bewußte Öffnung der Grenzen für talentierte und qualifizierte Zuwanderer einer der Schlüssel zur Zukunft der Stadt.

Zwar versucht Stadtentwicklungssenator Strieder tapfer, innerhalb der SPD dieses lange mit kollektivem Denkverbot belegte Thema auf die Tagesordnung seiner Partei zu setzen und damit überhaupt erstmal salonfähig zu machen: Wieviel Zuwanderung braucht die Stadt ? Wie kann das Land Berlin Einwanderung mitsteuern ? Das ist mutig gedacht, droht aber an der Lethargie der eigenen Partei früh zu scheitern. Die Einwände der Stammtische wiegen schwer: Das sei dem potentiellen Wähler nicht zu vermitteln; einer auf Wahlerfolge dringend angewiesenen Partei sei das nicht zuzumuten.

Anders die CDU: Sie hat sich gegen diesen Bazillus von Anfang an erfolgreich immunisiert. Innensenator Werthebach hält die Verbannung grassierender Anglizismen für wichtiger. Wozu noch mehr Ausländer in die Stadt holen? Öffnung der Hochschulen, Arbeitserlaubnisse und Bleibeangebote?....das bringt die alt-berliner Idylle in Gefahr; in konservativen Kreisen ist das nicht erwünscht. Erstarrt in der Politik der Ausgrenzung, fällt es der CDU schwer, sich vorzustellen, dass die alten Feindbilder überholt sind.

II.

In Berlin leben, nach offiziellen Angaben rd. 435.000 Ausländer, inoffiziell dürften es mehr als 600.000 sein. Die amtliche Statistik ist in diesem Punkt ungenau, da sie die Dunkelziffer der polizeilich nicht Gemeldeten nicht erfaßt. Ist Berlin also eine wachsende oder eine schrumpfende Stadt? Darüber wird seit Jahren gestritten; niemand kann die Frage verlässlich beantworten; letztlich ist die absolute Einwohnerzahl sekundär. Berlin ist sowohl mit niedrigeren wie höheren Einwohnerzahlen lebensfähig.

Problematisch aber ist die Struktur der Zuwanderung. Innerhalb der EU gilt zwar Freizügigkeit nach dem Schengener Abkommen. Von außerhalb der EU aber wird Einwanderungssteuerung sowohl bundesweit wie auch in Berlin vorrangig von negativen Selektionsprinzipien beherrscht; d.h. vom Motiv der Abwehr, Kostenvermeidung und Abschiebung.

Wer allerdings die Außenbarrieren der EU erfolgreich überwunden hat, wer es also irgendwie "geschafft" hat, dem machen es die Ausländerbehörden schwer, Familienangehörige nachzuholen, eine Wohnung legal zu mieten, Arbeit anzunehmen und eine Existenz aufzubauen. Deutschland schottet sich ab und Berlin setzt das Ausländerrecht besonders restriktiv um. Gleich mehrere Barrieren sorgen dafür, dass Ausländer aus Nicht-EU-Ländern draußen bleiben: die abschreckende Behördenpraxis, fehlende Arbeitserlaubnisse und die Hürden, als Ausländer in Deutschland ein eigenes Unternehmen zu gründen, in die Handwerkskammer oder in Berufsverbände aufgenommen zu werden oder einen Kredit bei einer Bank zu beantragen.

Vor der unpopulären Aufgabe, positive Auswahlkriterien zu beschließen und Zuwanderung aktiv zu steuern, kneifen die Parteien, gleich welcher Couleur. Statt jährlich ex ante Quoten nach Herkunftsländern und gewünschten Berufen festzulegen, werden unerwünschte Ausländer mit geschlossenen Augen abgeschoben oder notfalls mit zusammengebissenen Zähnen auf Zeit geduldet. Auch zur nachträglichen Legalisierung illegaler Einwanderer

- wie dies Frankreich, Italien, Skandinavien und die USA pragmatisch praktizieren, fehlt es hierzulande am notwendigen Maß an Civilcourage.

Dennoch: Die Praxis der Amtsstuben ist nur die eine Seite; die Bürger der Stadt sind weitaus offener. Im Stadtbild sind Ausländer längst eine Normalität. Seit der Ankunft der ersten Gastarbeiter 1960 leben Deutsche und Ausländer in Neukölln, Kreuzberg und Wedding Tür an Tür. Zwar gab und gibt es immer wieder ausländerfeindliche Beschimpfungen, Schmiereien und Übergriffe, aber keine wirklichen Unruhen oder Ghettoaufstände, wie sie London, Birmingham, Paris und Los Angeles erlebten. Die Berliner haben zwar ihre Türken, Polen, Russen, Ex-Jugoslaven, Araber, Iraner, Afrikaner, Südamerikaner, Pakistaner, Chinesen oder Indonesier im eigentlichen Sinne nicht "integriert", wohl aber herrscht in den Stadtquartieren - anders als z.B. in den Dörfern Brandenburgs - ein inzwischen alltägliches Nebeneinander, sei es im Sinne eines freundlichen, distanzierten Umgangs miteinander oder des schlichten Desinteresses.

Im Unterschied zur Politik und zur Verwaltung, haben sich die Berliner längst an ihre ausländischen Nachbarn oder an ihre fremdsprachigen Kollegen gewöhnt (Ausnahme: Schule), eine Haltung, die es Minoritäten erleichtert, weitgehend unbeunbehelligt in der Stadt zu leben, sich durchzuschlagen oder unterzutauchen. Mit der Hilfe von Familienangehörigen oder Landsleuten, wie auch gestützt von Vereinen und Netzwerken ethnischer Gruppen, werden sie als (Dauer-)Touristen oder als Wochenpendler, als Asylsuchende, als Kriegsflüchtlinge, als Auslandsdeutsche oder als Studenten, als Hilfsarbeiter auf dem Bau, als Putzfrauen, Gärtner, Serviererinnen oder Händler aufgenommen. Auch wenn Ihr Status oft rechtlich unsicher bleibt, in der Anonymität der Großstadt können sie sich - selbst in der Grauzone des Ausländerrechts - arrangieren.

III.

Obwohl sich die Ausländerbeauftragte Berlins, Frau John, mit bewundernswerter Hartnäckigkeit um immer neue Modellversuche der Integration bemüht, zieht es nach Deutschland und auch nach Berlin weniger die Talente, sondern eher die Problemfälle. Wie sich an der mageren Bilanz der Anwerbung von Computerfachleuten per Greencard zeigt, bevorzugen Spitzenkräfte andere Länder: England, Kanada, USA, Australien und Neuseeland, aber auch die Niederlande, Frankreich und Skandinavien, weil sich herumgesprochen hat: dort wird es Neuankömmlingen leichter gemacht, legal Arbeit zu finden oder sich mit einem eigenen Unternehmen selbständig zu machen.

Berlin ist zwar attraktiv, insbesondere für junge hochqualifizierte Menschen aus dem Westen, nicht aber für die Begabtesten aus den östlichen Nachbarländern: Die Stadt setzt falsche Signale. Als Land könnte Berlin seine Kulturhoheit aktivieren und z.B. ausländische Studenten mit international ausgerichteten Hochschulen und großzügigen beruflichen Ausbildungsplätzen locken und ihnen anschließend helfen, in der Stadt den Einstieg ins Berufsleben zu finden oder sich selbständig zu machen. Statt die dynamischsten, aufstiegsorientierten jungen Talente bewußt nach Berlin zu ziehen und hier zu binden, will Berlin die Ausbildungs- und Studentenzahlen drosseln. Offenbar sind gerade die Qualifizierten nicht gewünscht. Ausländische Studenten müssen z.B. - so die herrschende Praxis - unmittelbar nach Absolvierung ihres Examens ihr Gastland verlassen und in ihre Heimatländer zurückkehren. Die Berliner Politik hat noch nicht begriffen, dass Wirtschaftsregionen künftig untereinander nicht nur um Betriebsansiedlungen, sondern vor allem um junge qualifizierte und qualifizierbare Menschen konkurrieren werden, worauf die OECD in ihren ländervergleichenden Studien hinweist.

Die OECD war es auch, die kürzlich Deutschlands Nachholbedarf bei Bildungsinvestitionen aufgedeckt. Da sich künftig am Anteil der Hochqualifizierten unter allen Beschäftigten, entscheidet, welche Wirtschaftsregion im globalen Wettbewerb die Nase vorn hat, muß Berlin umsteuern. Nicht nur international, auch im Vergleich zu München, Stuttgart und Frankfurt liegt Berlin zurück. Nach wie vor werden auf dem lokalen Arbeitsmarkt in Berlin zu wenig Absolventen mit Hochschulabschluß und zu viele Unqualifizierte beschäftigt und dieses Defizit erstreckt sich über alle Berufe. Es fehlen nicht nur Software Spezialisten, sondern auch Medienfachleute, Ingenieure, Geisteswissenschaftler und andere, egal woher.

Talentierte Zuwanderer könnten nicht nur den prognostizierten demographischen Knick ausgleichen, sie könnten dem Innovationsstau in Berlin abhelfen und das Tempo des Strukturwandels in Richtung auf wirtschaftlich globale Wettbewerbsfähigkeit forcieren. Zuwanderung würde der Stadt zudem helfen, internationaler zu werden. Die Stadt ist drauf und dran, ihre größte Zukunftschance zu verpassen: ihre Rolle als dynamische Drehscheibe des Ost-West Austausches. Berlins Wirtschaft dümpelt dahin; beim Wirtschaftswachstum liegt die Stadt hinten; 270.000 Menschen sind weiter arbeitslos; wie kein anderes Bundesland ist Berlin von externen Finanzzuweisungen abhängig. Bei den Dienstleistungen importiert Berlin mehr, als die Stadt exportiert und auch hier liegen die Ursachen in der zu schwachen Humankapitalbasis, sichtbar in mangelnder

internationaler Erfahrung, unzureichenden Sprachkenntnissen und fehlenden Know how Vorsprüngen, wie eine Studie es DIW kürzlich diagnostizierte.

Andere Länder haben längst umgeschaltet, z.B. indem sie gezielt qualifizierten Einwanderern bei der Gründung von "minority businesses" helfen, wissend, dass aufstiegsmotivierte Ausländer - spätestens in der 2. oder 3. Generation - überdurchschnittlich zur Wertschöpfung und zum Entstehen neuer Arbeitsplätze beitragen. Künftig wird es eine Bereicherung sein, wenn die Stadt durch Zuzug aus anderen Ländern wächst. Gerade die dynamischsten Metropolen geben Beispiele für Prosperität dank Aufnahme und Integration Fremder.

Durch Reibung mit anderen Lebenswelten kann sich schließlich auch Berlin`s gelegentlich penetrante "BAT-Mentalität" abschleifen. Berlin braucht dieses Ferment, um aus seiner Ecke etatistischer Erwartungen an den Staat und seiner mürrischen Selbstbemitleidung herauszufinden und sich endlich auf eigene Füße zu stellen.

IV.

Um nicht mißverstanden zu werden: Demographische und wirtschaftliche Eigeninteressen ins Visier zu nehmen, darf nicht dazu führen, Einwanderungszahlen gegen politisch, rassisch und religiös Verfolgte aufzurechnen. Deutschland und insbesondere Berlin steht in der Pflicht, auch aus humanitären Gründen Verfolgte aufzunehmen, die den Schutz des amputierten Grundrechts auf Asyl und der Genfer Menschenrechtskonvention beanspruchen.

Die europäischen Nachbarstaaten, wie auch die USA, achten sehr genau auf die Zwischentöne, mit denen sich Deutschland in der internationalen Staatengemeinschaft präsentiert. Es ist deshalb schädigend, wenn das veröffentlichte politische und gesellschaftliche Klima in Deutschland von rechtsradikaler Kraftmeierei, kleintütigem Arbeitsplatzneid und angeblicher Überlastung der sozialen Netze sowie polizeistaatlicher Abwehr "krimineller Elemente" dominiert wird. Ausländerfeindlichkeit wirkt sich sowohl außenpolitisch als auch wirtschaftspolitisch negativ aus, da Vorbehalte internationaler Kapitalgeber erkennbar sind, unter diesen Umständen nicht in Deutschland und nicht in Berlin zu investieren. Dieses Bild bedarf dringend der Korrektur.

Das sogenannte "Ausländerproblem" in der Politik und in der Öffentlichkeit primär unter diesem Blickwinkel zu diskutieren, schürt Fremdenhaß.

Letztlich muß die Politik auf eine aktive Einwanderungssteuerung umschalten; d.h. sie sollte bewußt Zielmargen beschließen, mit denen ex ante Quoten nach Herkunftsländern und gewünschten Berufen definiert werden.

Voraussetzung ist, dass sie es überzeugend klarzumachen versteht: Ausländer, auch von außerhalb der EU, sind nicht nur geduldete, polizeilich observierte und kontrollierte und deshalb per se verdächtige Personen, sondern höchst willkommen. Berlin sollte ein Klima der selbstverständlichen Gastfreundschaft ausstrahlen und sollte alles tun, um Ausländern den Aufenthalt zu erleichtern und sie als Neubürger zu gewinnen.

58 26. III. 01

Ich bin dein Berliner

Um die Zukunft zu gewinnen, braucht die Stadt Einwanderer – aber sie bemüht sich nicht um sie

Von Eberhard von Einem

Berlin ist eine der „gate way cities“ am östlichen Rande der EU. Sie dient als Zielpunkt oder Durchgangsstation von Auswandern aus östlichen Nachbarländern. Steuerung und Integration von Einwanderern sind darum Aufgaben mit steigender Bedeutung. Zwar kann kein Bundesland und keine Kommune in diesem Feld allein handeln; beide sind auf Reformen des Einwanderungsrechts angewiesen, die der Bund – im Einvernehmen mit Brüssel – abstecken muss. Aber die Stadt kann ihre Hochschul- und Schulpolitik, ihre Arbeits- und Wohnungspolitik zur Steuerung des Zuzugs einsetzen. Gelenkte Zuwanderung böte Berlin nicht nur die Möglichkeit zur Korrektur demographischer Engpässe, sondern auch zur Milderung von Arbeitsmarktproblemen, zur internationalen Ausrichtung sowie zur Vermeidung von Wohnungsleerständen.

Noch immer ist die Politik auf die Fiktion geschlossener Grenzen geeicht. Dabei erscheint die aktive Werbung um talentierte und qualifizierte Zuwanderer und die bewusste Öffnung der Grenzen für sie einer der Schlüssel zur Zukunft der Stadt. Zwar versucht Stadtentwicklungssenator Peter Strieder innerhalb der SPD dieses lange mit kollektivem Denkverbot belegte Thema auf die Tagesordnung zu setzen: Wie viel Zuwanderung braucht die Stadt? Wie kann das Land Berlin Einwanderung mitsteuern? Das ist mutig gedacht, droht aber an der Lethargie der eigenen Partei früh zu scheitern. Die Einwände der Stammtische wiegen schwer: Das sei dem potentiellen Wähler nicht zu vermitteln; einer auf Wahlerfolge dringenden angewiesenen Partei sei das nicht zuzumuten.

Anders die CDU: Sie hat sich gegen diesen Bazillus von Anfang an erfolgreich immunisiert. Innensenator Eckart Wertebach hält die Verbannung grassierender Anglizismen für wichtiger. Wozu noch mehr Ausländer in die Stadt holen? Öffnung der Hochschulen, Arbeitserlaubnisse und Bleibeangebote? Das bringt die alt-berliner Idylle in Gefahr; in konservativen Kreisen ist das nicht erwünscht. Erstarrt in der Politik der Ausgrenzung, fällt es der CDU schwer, die alten Feindbilder abzubauen.

Freizügigkeit und Abschottung

In Berlin leben, nach offiziellen Angaben etwa 435 000 Ausländer, inoffiziell dürften es mehr als 600 000 sein. Die amtliche Statistik ist in diesem Punkt ungenau, da sie die Dunkelziffer der polizeilich nicht Gemeldeten nicht erfasst. Aber wie hoch die Zahl auch immer ist, die Struktur der Zuwanderung bleibt das eigentliche Problem. Innerhalb der EU gilt zwar Freizügigkeit nach dem Schengener Abkommen. Von außerhalb der EU aber wird Einwanderung bundesweit wie auch in Berlin vorrangig mit negativen Auswahlprinzipien gesteuert, also vom Motiv der Abwehr, Kostenvermeidung und Abschiebung. Wer allerdings die Außenbarrieren der EU erfolgreich überwunden hat, wer es also irgendwie „geschafft“ hat, dem machen es die Ausländerbehörden schwer, Familienange-

er-)Touristen oder als Wochenpendler, als Asylsuchende, als Kriegsflüchtlinge, als Auslandsdeutsche oder als Studenten, als Hilfsarbeiter auf dem Bau, als Putzfrauen, Gärtner, Serviererinnen oder Händler aufgenommen. Auch wenn Ihr Status oft rechtlich unsicher bleibt, in der Anonymität der Großstadt können sie sich – selbst in der Grauzone des Ausländerrechts – arrangieren.

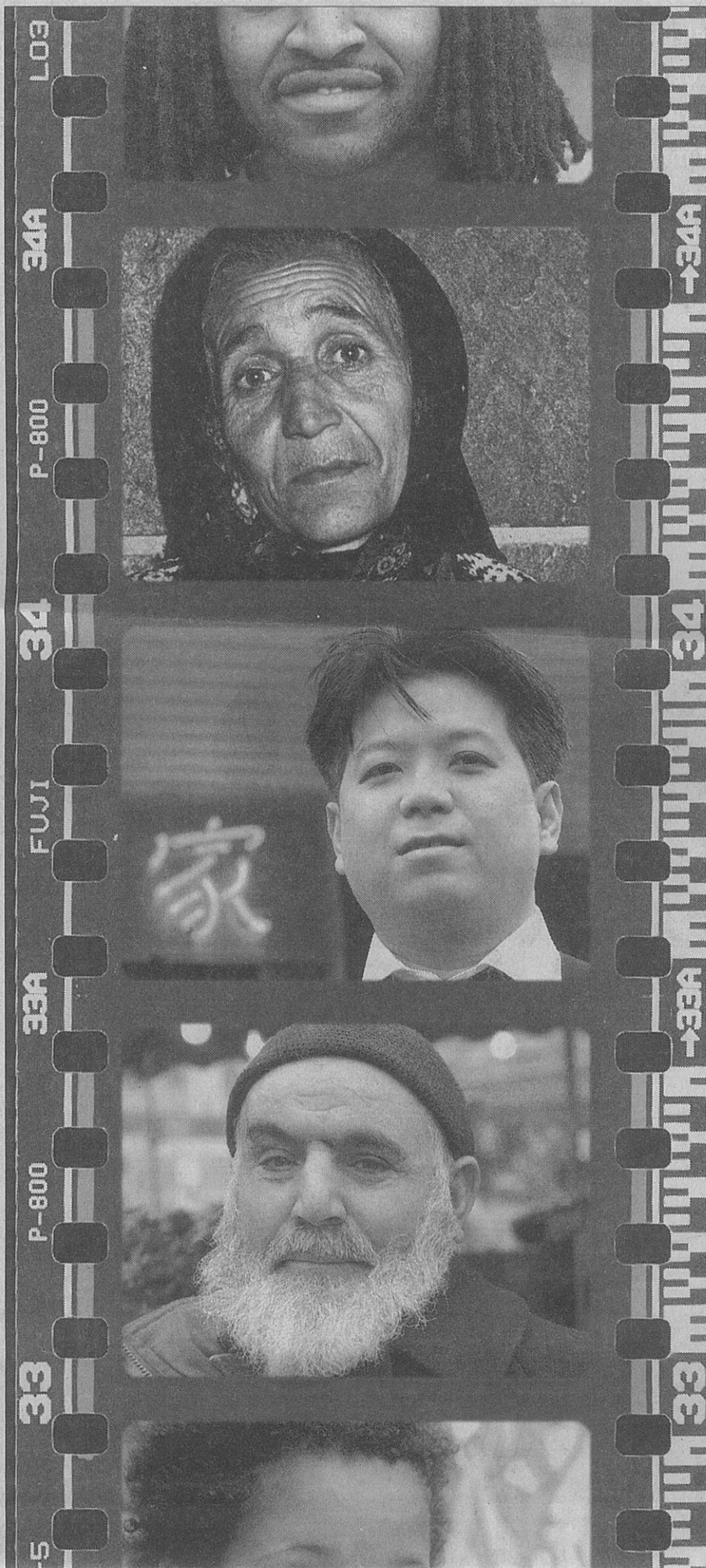
Obwohl sich die Ausländerbeauftragte Berlins, Barbara John, mit bewundernswerter Hartnäckigkeit um immer neue Modellversuche der Integration bemüht, zieht es nach Deutschland und auch nach Berlin weniger die Talente, sondern eher die Problemfälle. Wie sich an der mageren Bilanz der Anwerbung von Computerfachleuten per Greencard zeigt, bevorzugen Spitzenkräfte andere Länder, weil sich herumgesprochen hat: dort wird es Neuankömmlingen leichter gemacht, legal Arbeit zu finden oder sich mit einem eigenen Unternehmen selbstständig zu machen.

Anlocken und Ansiedeln

Berlin ist zwar attraktiv, insbesondere für junge hochqualifizierte Menschen aus dem Westen, nicht aber für die Begabtesten aus den östlichen Nachbarländern. Die Stadt setzt falsche Signale. Als Land könnte Berlin seine Kulturhoheit aktivieren und ausländische Studenten mit international ausgerichteten Hochschulen und großzügigen beruflichen Ausbildungsplätzen locken. Und ihnen anschließend helfen, in der Stadt den Einstieg ins Berufsleben zu finden. Statt die dynamischsten, jungen Talente nach Berlin zu ziehen und hier zu binden, will die Stadt die Ausbildungs- und Studentenzahlen drosseln. Offenbar sind gerade die Qualifizierten nicht gewünscht.

Ausländische Studenten müssen – so die herrschende Praxis – unmittelbar nach Absolvierung ihres Exams ihr Gastland verlassen und in ihre Heimatländer zurückkehren. Die Berliner Politik hat noch nicht begriffen, dass Wirtschaftsregionen künftig untereinander nicht nur um Betriebsansiedlungen, sondern vor allem um junge qualifizierte und qualifizierbare Menschen konkurrieren werden. Berlin muss umsteuern. Nicht nur international, auch im Vergleich zu München, Stuttgart und Frankfurt liegt die Stadt zurück. Nach wie vor werden auf dem Arbeitsmarkt in Berlin zu wenig Absolventen mit Hochschulabschluss und zu viele Unqualifizierte beschäftigt und dieses Defizit erstreckt sich über alle Berufe. Es fehlen nicht nur Software-Spezialisten, sondern auch Medienfachleute, Ingenieure, Geisteswissenschaftler und andere, egal woher.

Talentierte Zuwanderer könnten nicht nur den prognostizierten demographischen Knick ausgleichen, sie könnten dem Innovationsstau abhelfen und das Tempo des Strukturwandels in Richtung auf wirtschaftlich globale Wettbewerbsfähigkeit forcieren. Seit langem dümpelt Berlins Wirtschaft dahin; beim Wirtschaftswachstum liegt die Stadt hinten. 270 000 Menschen sind weiter arbeitslos. Wie kein anderes Bundesland ist Berlin von externen Finanzzuweisungen abhängig. Bei den Dienstleistungen importiert



...von ...
 dung und Abschiebung. Wer allerdings die Außenbarrieren der EU erfolgreich überwunden hat, wer es also irgendwie „geschafft“ hat, dem machen es die Ausländerbehörden schwer, Familienangehörige nachzuholen, eine Wohnung legal zu mieten, Arbeit anzunehmen und eine Existenz aufzubauen. Deutschland schottet sich ab, und Berlin setzt das Ausländerrecht besonders restriktiv um.

Gleich mehrere Barrieren sorgen dafür, dass Ausländer aus Nicht-EU-Ländern draußen bleiben: Die abschreckende Behördenpraxis, fehlende Arbeitserlaubnisse und die Hürden, als Ausländer in Deutschland ein eigenes Unternehmen zu gründen, in die Handwerkskammer oder in Berufsverbände aufgenommen zu werden oder einen Kredit bei einer Bank zu beantragen.

Vor der unpopulären Aufgabe, positive Auswahlkriterien zu beschließen und Zuwanderung aktiv zu steuern, kneifen die Parteien. Statt jährlich ex ante Quoten nach Herkunftsländern und gewünschten Berufen festzulegen, werden unerwünschte abgeschoben oder notfalls auf Zeit geduldet. Auch zur nachträglichen Legalisierung illegaler Einwanderer – wie dies Frankreich, Italien, Skandinavien und die USA pragmatisch praktizieren, fehlt es hierzulande am notwendigen Maß an Zivilcourage.

Integration und Desinteresse

Dennoch: Die Praxis der Amtsstuben ist nur die eine Seite; die Bürger der Stadt sind weitaus offener. Seit der Ankunft der ersten Gastarbeiter 1960 leben Deutsche und Ausländer in Neukölln, Kreuzberg und Wedding Tür an Tür. Zwar gab und gibt es immer wieder ausländerfeindliche Beschimpfungen, Übergriffe und Schmierereien, aber keine wirklichen Unruhen oder Ghettoaufstände, wie sie London, Birmingham, Paris und Los Angeles erlebten. Die Berliner haben zwar Türken, Polen, Russen, Ex-Jugoslawen, Araber, Iraner, Afrikaner, Süd-Amerikaner, Pakistaner, Chinesen oder Indonesier im eigentlichen Sinne nicht „integriert“, wohl aber herrscht in den Stadt-Quartieren – anders als etwa in den Dörfern Brandenburgs – ein inzwischen alltägliches Nebeneinander, sei es im Sinne eines freundlichen, distanzierenden Umgangs miteinander oder des schlichten Desinteresses.

Im Unterschied zur Politik und zur Verwaltung, haben sich die Berliner längst an ihre ausländischen Nachbarn oder an ihre fremdsprachigen Kollegen gewöhnt (Ausnahme: Schule), eine Haltung, die es Minoritäten erleichtert, weitgehend unbehelligt in der Stadt zu leben, sich durchzuschlagen oder unterzutauchen. Mit der Hilfe von Familienangehörigen oder Landsleuten, wie auch gestützt von Vereinen und Netzwerken ethnischer Gruppen, werden sie als (Dau-



Es ist nicht das einzelne Bild, das den Film ausmacht, genauso wenig wie es das einzelne Gesicht ist, das für die Großstadt steht; erst die vielen, verschiedenen Gesichter erzeugen das Kino der Metropole.

Fotos: Limberg, Pramme, Ucta

Wie kein anderes Bundesland ist Berlin von externen Finanzzuweisungen abhängig. Bei den Dienstleistungen importiert Berlin mehr als es exportiert, und auch hier liegen die Ursachen in der zu schwachen Humankapitalbasis, sichtbar in mangelnder internationaler Erfahrung, unzureichenden Sprachkenntnissen und fehlenden Know-how-Vorsprüngen. Zuwanderung würde der Stadt helfen, internationaler zu werden. Aber im Moment ist Berlin drauf und dran, seine größte Zukunftschance zu verpassen: Seine Rolle als dynamische Drehscheibe des Ost-West-Austausches.

Rechtsradikal und kleinmütig

Andere Länder haben längst umgeschaltet, indem sie gezielt qualifizierten Einwanderern bei der Gründung von „minority businesses“ helfen, wissend, dass aufstiegsmotivierte Ausländer – spätestens in der 2. oder 3. Generation – überdurchschnittlich zur Wertschöpfung und zum Entstehen neuer Arbeitsplätze beitragen. Künftig wird es eine Bereicherung sein, wenn die Stadt durch Zuzug aus anderen Ländern wächst. Durch Reibung mit anderen Lebenswelten kann sich schließlich auch Berlins gelegentlich penetrante „BAT-Mentalität“ abschleifen. Die Stadt braucht dieses Ferment, um aus ihrer Ecke etatistischer Erwartungen an den Staat und seiner mürrischen Selbstbemitleidung herauszufinden und sich endlich auf eigene Füße zu stellen.

Um nicht missverstanden zu werden: Demographische und wirtschaftliche Eigeninteressen ins Visier zu nehmen, darf nicht dazu führen, Einwanderungszahlen gegen politisch, rassistisch und religiös Verfolgte aufzurechnen. Deutschland und insbesondere Berlin steht in der Pflicht, auch aus humanitären Gründen Verfolgte aufzunehmen, die den Schutz des amputierten Grundrechts auf Asyl beanspruchen. Die europäischen Nachbarstaaten, wie auch die USA, achten dabei sehr genau auf die Zwischentöne. Es ist deshalb schädigend, wenn das veröffentlichte politische und gesellschaftliche Klima in Deutschland von rechtsradikaler Kraftmeierei, kleinmütigem Arbeitsplatzneid und angeblicher Überlastung der sozialen Netze sowie polizeistaatlicher Abwehr „krimineller Elemente“ dominiert wird. Ausländerfeindlichkeit wirkt sich sowohl außenpolitisch als auch wirtschaftspolitisch negativ aus, da Vorbehalte internationaler Kapitalgeber erkennbar sind, unter diesen Umständen nicht in Deutschland und nicht in Berlin zu investieren. Dieses Bild bedarf dringend der Korrektur.